

Protokoll
der 104. Sitzung des Braunkohlenausschusses des Landes
Brandenburg vom 14.11.2024

Datum: 14.11.2024
Uhrzeit: 09:00 Uhr bis 12.15 Uhr
Ort: Stadthaus Cottbus, Erich-Kästner-Platz 1
Teilnehmer: siehe Teilnehmerliste (Anlage 1)

TOP 1 Begrüßung

Frau Kircheis begrüßte den Minister für Infrastruktur und Landesplanung, die Mitglieder der 8. und 9. Amtsperiode sowie die Vertreter der Landesregierung und Medienvertreter zur 104. Sitzung des Braunkohlenausschusses.

Es wurde der Hinweis gegeben, dass ein Bandmitschnitt erfolgt und dieser ausschließlich für die Erstellung des Protokolls verwendet werden darf.

Die fristgerechte Ladung wurde festgestellt.

Von der 8. Amtsperiode waren 13 Mitglieder anwesend, damit war der Ausschuss beschlussfähig.

Der erste Teil der Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

TOP 2 Bestätigung der Niederschrift der 103. Sitzung am 14.03.2024

Frau Kircheis erläuterte, dass es zum Protokollentwurf Hinweise von Herrn Schuster gab:

zu TOP 3, Seite 3, bitte ergänzen:

Kann man sagen, wie sich das nach dem Ende der Sicherheitsbereitschaft der Blöcke E und F in Jänschwalde entwickeln wird?

zu TOP 5 auf Seite 6 bitte ergänzen:

Aufgrund der Luft-Wasser-Grenze ist eine Flutung weitaus schwieriger als die Herstellung der Tagebaue. Das sei ein spannendes Unterfangen, das noch viele Herausforderungen biete.

nach dem Beitrag von Herrn Fritze bitte ergänzen:

Herr Sell ergänzte, dass es noch zwei bergrechtliche Anordnungen zu Schlichow und dem Erkundungs-/Sicherungskonzept Nordrandschlauch geben wird.

Mit diesen Änderungen wurde das Protokoll zur Abstimmung gestellt.

Das Protokoll wurde mit 12 Ja-Stimmen und einer Enthaltung beschlossen.

Pause - 10 Minuten

TOP 3 Vorstellung der Mitglieder des Braunkohlenausschusses für die 9. Amtsperiode

Frau König bedankte sich zuerst bei allen Mitgliedern der 8. Amtsperiode für die gute und konstruktive Zusammenarbeit in den letzten 5 Jahren.

Die Zusammensetzung des Braunkohlenausschusses ist im Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG), § 15 geregelt. Demnach gehören 15 kommunale Vertreter, die von den Kreistagen oder Stadtverordnetenversammlungen entsendet werden und 8 Vertreter von Körperschaften und Organisationen dem Ausschuss an.

Folgende Mitglieder gehören in der 9. Amtsperiode dem Ausschuss an:

| Landkreis/Stadt | Anzahl Mitglieder | Neues Mitglied | Fraktion |
|-----------------------|-------------------|--|--|
| Oberspreewald-Lausitz | 4 | Kullick, Jens Gleitsmann, Roland Gregor-Ness, Martina Dannenberg, Kathrin | CDU/FWB/FDP AfD SPD DIE LINKE |
| Spree-Neiße | 4 | Kubitzki, Steffen Müller, Mario Stahlberg, Andreas | AfD SPD Freie Bürger |
| Cottbus | 3 | Kircheis, Kerstin Schulz, Anke Krebs, Detlef | SPD CDU/Freie Wähler AfD |
| Dahme-Spreewald | 1 | Terno, Heiko | CDU/ Bauern |
| Elbe-Elster | 1 | Richter, Gottfried | CDU/Hz |
| Oder –Spree | 1 | Dr. Wand, Volker | AfD |
| Frankfurt/Oder | 1 | Damus, Sahra | Grüne/B90 – BI Stadtentwicklung |

Der Landkreis Spree-Neiße wird noch einen Vertreter nachmelden, da der bisher entsendete Vertreter plötzlich verstorben ist.

| Körperschaften/Organisationen | Anzahl | Neues Mitglied |
|--|--------|--|
| Industrie- und Handelskammer/Handwerkskammer | 1 | Köhler, Dorit |
| Vereinigung der Unternehmerverbände in Berlin-Brandenburg e.V. | 1 | Schroeckh, Birgit |
| Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie/ Deutscher Gewerkschaftsbund | 1 | Loehr, Matthias |
| Bauernverband Brandenburg | 1 | Schneider, Frank |
| nach § 3 Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz vom Land anerkannte Naturschutzvereinigungen, die nach ihrer Satzung landesweit tätig sind | 2 | Böhmer, Winfried Schuster, Rene |
| Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz | 1 | Land, Dorothee |
| anerkannte Dachverbände der Sorben/Wenden (Domowina) | 1 | Burchardt, Thomas |

Die Ausschlusskriterien gemäß § 15 Abs.3 RegBkPIG wurden bei allen Mitgliedern überprüft und es gab keine Beanstandungen.

TOP 4 Rede des Ministers für Infrastruktur und Landesplanung und Berufung der Vertreter der Kammern und Verbände

Herr Genilke verwies als Lausitzer auf die Bedeutung des Braunkohlenausschusses für diese Region. Er sprach von den großen Herausforderungen und der hohen Verantwortung bei der Braunkohlen- und Sanierungsplanung. Mit 11 neuen Mitgliedern in der 9. Amtsperiode wird der Ausschuss sein Gesicht verändern. Für die geleistete Arbeit in der letzten Legislatur bedankte sich der Minister bei allen Mitgliedern des Ausschusses insbesondere beim Vorstand. In der 9. Amtsperiode wird es neue aber auch alte Herausforderungen geben. Ein Schwerpunkt wird die Begleitung des Braunkohlenplanverfahren zum Tagebau Welzow-Süd sein. Hier müssen die Braunkohlenpläne dem vorgesehenen Kohleausstieg angepasst werden. Die weitere Entstehung und Entwicklung der Seen, insbesondere in der Restlochkette, ist im Rahmen der Braunkohlesanierung weiter zu begleiten. Die Erwartungshaltung der Menschen ist hier sehr hoch. Davon konnte sich der Minister bei mehreren Besuchen vor Ort ein Bild machen. Aber auch die Revitalisierung des Wasserhaushaltes, die von der LMBV zu erarbeitenden Sanierungskonzepte und die Verhandlungen zum Verwaltungsabkommen zur Braunkohlesanierung werden eine Rolle im Ausschuss spielen. Die Lausitz ist ein wichtiger Bestandteil der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg und der geplante Kohleausstieg macht die Arbeit des Ausschusses wichtig. Für diese Aufgaben wünschte Herr Genilke alles Gute.

Die vorgenannten Vertreter der Körperschaften und Organisationen wurden mit der Übergabe der Urkunden durch den Minister berufen.

Frau Kircheis bedankte sich bei allen, die in der letzten Legislatur im Ausschuss mitgearbeitet haben insbesondere bei ihren Stellvertretern für die vertrauensvolle und vernünftige Zusammenarbeit. Im Schlusswort als Vorsitzende wurde an die Arbeit in den letzten fünf Jahren erinnert. Ein Highlight war die 100. Sitzung im Beisein des Ministerpräsidenten. Die Herausforderungen für die Sitzungen während der Coronazeit, das Thema Öffentlichkeit wurden im Ausschuss diskutiert. Es wurde eine gemeinsame Sitzung mit dem Braunkohlenausschuss des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien geführt. Es gab Informationen zum Braunkohlenplanverfahren zum Tagebau Welzow-Süd, zum Strukturwandel, zum Revierkonzept der LEAG, zu den Sanierungsarbeiten im Raum Lauchhammer und zum Helenesee. Es gab eine Erklärung des Ausschusses zur künftigen Finanzierung des neuen Verwaltungsabkommens zur Braunkohlesanierung. Die wasserwirtschaftliche UBA-Studie wurde im Ausschuss vorgestellt. Das Wasserthema wird auch künftig eine der Herausforderungen sein. Frau Kircheis hofft, dass der Ausschuss beim Kohleausstieg und dem damit verbundenen Strukturwandel für die Region ein wichtiges Gremium zur regionalen Willensbildung bleibt und sich auch weiterhin über die regionalen Grenzen hinaus Gehör verschaffen kann. Dafür müsste allerdings durch die neue Landesregierung das Regionalplanungsgesetz entsprechend angepasst werden.

TOP 5

Wahl des/r Vorsitzenden und der StellvertreterInnen

Herr Böhmer erkundigte sich, ob einer der anwesenden Mitglieder vor dem Mai 1943 geboren wurde. Da dies nicht der Fall war, konnte er als lebensältestes Mitglied entsprechend der Geschäftsordnung § 2 die Wahl der/s Vorsitzenden übernehmen.

In seinen persönlichen Anmerkungen wurde ausgeführt, dass er 40 Jahre in einem Braunkohlenkraftwerk gearbeitet hat und bereits damals die Zerstörung der Natur und die Abaggerung von Dörfern und Landschaften mit Unverständnis erlebte. Die Niederlausitz wurde zum Grundwasserabsenkungstrichter, Flüsse und Seen versiegten, die bestehende Hydrologie wurde zerstört. Der Klimawandel wird bedrohlicher, daher ist ein Ausstieg aus Braunkohleverstromung notwendig. Die Folgen des Kohleabbaus werden aufwändig und teuer, und Jahrzehnte andauern. Die LEAG hat hier eine Verpflichtung und muss sich an der Beseitigung der Folgen neben dem Bund und den Ländern beteiligen. Die Spree und viele Flüsse sind aufgrund der Eisen- und Sulfatfrachten durch den Grundwasserwiederanstieg verockert. Dadurch wird u.a. die Trinkwasserversorgung von Frankfurt/Oder und Berlin gefährdet. Um dem entgegenzuwirken, ist der zeitnahe Bau der Dichtwand am Speicher Lohsa erforderlich. Notwendig ist ein Wassermanagementplan für die gesamte Lausitz und die Schaffung zusätzlicher Speicherkapazitäten, wie z. B. der Cottbuser Ostsee. Wichtig ist auch eine Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Sachsen, um diesen Problemen konsequent zu begegnen.

Herr Böhmer führte aus, dass Grundlage für die Wahl § 2 der Geschäftsordnung des Ausschusses ist. Von den insgesamt 23 Mitgliedern waren 21 anwesend. Es wurde die Verfahrensweise erläutert und um Vorschläge gebeten.

Frau Köhler schlug Frau Kircheis vor, da sie bereits in der letzten Legislatur mit der notwendigen Neutralität und fachlichem Wissen den Ausschuss geleitet hat.

Frau Schroeckh unterstützte den Vorschlag.

Weitere Vorschläge gab es nicht.

Herr Böhmer fragte, ob Frau Kircheis für die Wahl zur Verfügung steht. Dies wurde bejaht.

Nach Durchführung der geheimen Wahl konnte Herr Böhmer das Ergebnis bekannt geben:

Frau Kircheis erhielt im ersten Wahlgang:

15 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

4 Enthaltungen

Damit war Frau Kircheis als neue Vorsitzende des Braunkohlenausschusses im ersten Wahlgang gewählt. Sie nahm die Wahl an.

Das Wahlprotokoll ist als Anlage 2 einsehbar.

Herr Böhmer bat um Vorschläge für die Stellvertreter.

Herr Terno schlug Herrn Schneider aufgrund seiner langjährigen Erfahrung als Stellvertreter vor.

Herr Schneider schlug Frau Land vor, da die Arbeit im Vorstand mit den bisherigen Vertretern der Kirche sehr angenehm und konstruktiv war.

Sowohl Herr Schneider als auch Frau Land erklärten sich bereit, zu kandidieren.

Nach der Durchführung der geheimen Wahl konnte Herr Böhmer das Ergebnis bekannt geben:

Frau Land erhielt im ersten Wahlgang:

17 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

Herr Schneider erhielt im ersten Wahlgang:

17 Ja-Stimmen

4 Enthaltungen

Damit waren Frau Land und Herr Schneider als StellvertreterIn der Vorsitzenden des Braunkohlenausschusses im ersten Wahlgang gewählt. Beide nahmen die Wahl an.

Das Wahlprotokoll ist als Anlage 3 einsehbar.

Herr Böhmer beglückwünschte den gewählten Vorstand und übergab die Leitung an die Vorsitzende.

Frau Kircheis bedankte sich für das Vertrauen und hofft auf eine gute Zusammenarbeit in der neuen Amtsperiode.

TOP 6 Beschluss zur Entsendung eines Vertreters des Braunkohlenausschusses in die Regionalversammlung der Region Lausitz-Spreewald und dessen Wahl sowie des Stellvertreters

Frau Kircheis führte aus, dass Herr Stahlberg in der letzten Amtsperiode diese Aufgabe wahrgenommen hat, sein Stellvertreter war Herr Kullick.

Herr Stahlberg berichtete anhand der Folien in der Anlage 4 über seine Arbeit im Regionalvorstand und der Regionalversammlung. Es wurden kurz die Flächenkulisse, die Mitglieder, die Aufgaben der Regionalplanung und die rechtlichen Grundlagen erläutert. Der Vorsitzende der Regionalversammlung ist der Landrat vom Oberspreewald-Lausitz-Kreis, Herr Siegurd Heinze. Derzeit erarbeitet die Regionale Planungsstelle den sachlichen Teilplan Windenergienutzung. Als Vertreter des Braunkohlenausschusses fungiert man als Schnittstelle zwischen Regionalplanung und Braunkohlenausschuss. Es wird sich dafür ausgesprochen, dass bei den anstehenden Themen wie Nachnutzung der Bergbaufolgelandschaften, Gigawattfactory, Strukturwandel ein enger Kontakt zwischen den beiden Gremien erforderlich ist.

Frau Kircheis bedankte sich für die Ausführungen und ließ darüber abstimmen, ob auch weiterhin ein Vertreter aus dem Ausschuss in die Regionalversammlung entsendet werden soll?

Der Beschluss zur Entsendung wurde einstimmig gefasst.

Frau Kircheis schlug in Abstimmung mit dem Vorstand Herrn Stahlberg für diese Aufgabe vor und fragte, ob er zur Wahl steht.

Herr Stahlberg bejahte dies.

Einstimmig wurde Herr Stahlberg als Vertreter des Braunkohlenausschusses für die Regionalversammlung gewählt.

Herr Stahlberg nahm die Wahl an.

Frau Kircheis gratulierte zur Wahl und fragte Herrn Kullick, ob er sich als Stellvertreter wieder zur Wahl stellen würde.

Herr Kullick stimmte zu.

Einstimmig wurde Herr Kullick als Stellvertreter von Herrn Stahlberg für die Regionalversammlung gewählt.

Frau Kircheis gratulierte Herrn Kullick und rief den nächsten Tagesordnungspunkt auf.

TOP 7 Beschluss zu den Arbeitskreisen des Braunkohlenausschusses in der 9. Amtsperiode

Frau Kircheis verwies, auf die mit der Einladung versendete Beschlussvorlage und stellte den Beschluss zur Abstimmung:

Die nachfolgend aufgeführten Arbeitskreise setzen ihre Arbeit, gemäß § 17 Absatz 3 RegBkPIG, in der 9. Amtsperiode des Braunkohlenausschusses fort.

| Name des Arbeitskreises | | Leiter/in des Arbeitskreises |
|--------------------------------|---|------------------------------|
| Tagebau Jänschwalde | - | Herr Andreas Stahlberg |
| Welzow-Süd | - | Frau Claudia Wolf |
| Cottbus-Nord | - | Her Thomas Kramer |
| Gräbendorf/Greifenhain | - | Frau Martina Möller |
| Schlabendorf / Seese | - | Herr Rudolf Heine |
| Meuro/Senftenberger Seengebiet | - | Herr Rolf-Peter Rössiger |
| Lauchhammer | - | Herr Reiner Kula |

Der Beschluss zur Weiterführung der Arbeitskreise wurde einstimmig gefasst.

In der anschließenden Diskussion schlug Frau Damus vor, für den Helensee einen Arbeitskreis einzurichten. Bis zur nächsten Sitzung wird ein Vorschlag zur konkreten Ausgestaltung dieses Arbeitskreises vorgelegt.

Herr Fritze informierte darüber, dass es auf Arbeitsebene mit LMBV bereits einen Arbeitskreis für den Helensee gibt und man im engen Austausch mit der Stadt Frankfurt/Oder steht. Die Notwendigkeit eines Arbeitskreises wird nicht gesehen.

TOP 8 Beschluss zum Sitzungsplan 2025

Frau Kircheis verwies auch hier auf die versandte Beschlussvorlage und schlug vor, den Hinweis aus der letzten Sitzung von Herrn Schuster „Vorstellung der Arbeit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe“ aufzunehmen.

Frau Köhler bat noch für die 106. Sitzung um die Aufnahme der Sachstände zu den Studien zum Thema Wasserüberleitung und –speicher.

Aufgrund von Terminüberschneidungen wird die Fachexkursion verschoben. Der neue Termin ist der 5. Juni 2025.

Mit den genannten Ergänzungen wurde der Sitzungsplan 2025 mit 19 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen beschlossen.

Der beschlossene Sitzungsplan ist der Anlage 5 zu entnehmen.

TOP 9 Bericht zur Umsetzung des Verwaltungsabkommens Braunkohlesanierung im Jahr 2024 und Vorschau auf 2025

Herr Richter führte anhand der Folien in der Anlage 6 zu den Sanierungsarbeiten in Brandenburg 2024 aus. Die Schwerpunkte der Sanierungsarbeiten 2024 lagen in der Weiterführung der Errichtung des 2,8 km langen Ableiters vom Sedlitzer See zur Schwarzen Elster, dem schonenden Sprengverdichten innerhalb des Brückenfeldes Sedlitz und Seese-Ost sowie der Rütteldruckverdichtung an den Kippenböschungen des Altdöberner Sees. Diese Arbeiten haben innerhalb der LMBV eine hohe Priorität. Des Weiteren ist Zielstellung, Mitte 2026 die vier Seen Großräschener, Sedlitzer, Partwitzer, und Geierswalde See auszuspiegeln und der Nutzung zu übergeben.

Details des Vortrages sind der Anlage 6 zu entnehmen.

Herr Burchardt erkundigte sich nach der Abarbeitung der Sperrflächen.

Herr Richter erläuterte, dass in den genannten Testfeldern die Technologie der Schonenden Sprengverdichtung entwickelt und bis zur Geeignetheit als Sicherungsmaßnahme von Sperrflächen geführt werden soll. Dies muss von den Bergämtern in Brandenburg und Sachsen anerkannt und genehmigt werden. Ziel ist es in der Lausitz, in den nächsten 15 bis 20 Jahren 80 % der gesperrten Flächen (das entspricht ca. 30.000 ha) zu sichern und eine Nutzungsfreigabe zu ermöglichen.

Herr Böhmer wollte wissen, warum die gesperrten Flächen nicht als Wildnisgebiete ausgewiesen werden und somit die hohen Kosten gespart werden könnten. Müsste dafür das Bundesberggesetz geändert werden?

Herr Richter erklärte, dass die Sanierungsarbeiten auf den Abschlussbetriebsplänen basieren. Darin sind Land- und Forstwirtschaftsflächen ausgewiesen und diese sollten auch künftig wieder in die Bewirtschaftung gegeben werden. Die Diskussion um die Wildnisgebiete ist noch nicht abschließend geführt. Hier muss u. a. geklärt werden, wer diese Gebiete aus der Verantwortung der LMBV übernimmt.

Herr Loehr fragte, ob die LMBV auch andere Möglichkeiten als die Deponierung von Eisenhydroxidschlamm (EHS) in Betracht zieht und sich auch an Projekten mit anderen Partnern (Privatwirtschaft, Universitäten) beteiligt.

Herr Richter bestätigte, dass die LMBV immer verschiedenste Möglichkeiten prüft. Zuerst wird die Verwertung des EHS angestrebt, dies ist allerdings immer von der stofflichen Zusammensetzung des EHS abhängig. Die Deponierung ist stets die letzte Variante.

Frau Kircheis bedankte sich bei Herrn Richter und rief den Tagesordnungspunkt 10 auf.

TOP 10 Sachstand sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung

Herr Maluszczyk führte zu Beginn seines Vortrages zur Zusammensetzung, der Flächenkulisse, der Zuständigkeiten und der Rechtsgrundlagen für die Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald (RPS) aus. Bisher wurden durch die Planungsgemeinschaft Eignungsgebiete für Windenergie ausgewiesen. Außerhalb dieser Flächen gab es eine Ausschlusswirkung. Das hat sich mit den neuen Gesetzgebungen geändert. Mit der Novelle des Raumordnungsgesetzes gibt es die Ausschlusswirkung nicht mehr. Die Landesgesetzgebung wurde entsprechend angepasst. Nun gibt vorgegebene Teilflächenziele. In Brandenburg müssen bis 31.12.2027 1,8 % der Landesfläche und bis 31.12.2032 2,2 % für Windenergienutzung ausgewiesen werden. Dafür wurde der sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung aufgestellt. Im Dezember 2022 hat die Regionalversammlung dazu einen Aufstellungsbeschluss gefasst. Die Öffentlichkeitsbeteiligung für den Planentwurf fand von November 2023 bis Januar 2024 statt. Es sind 470 Stellungnahmen mit 4700 Einzeleinwendungen eingegangen. Derzeit wird mit einzelnen Behörden erörtert. Danach soll der 2. Entwurf erarbeitet werden, der voraussichtlich im II. Quartal 2025 in die Beteiligung gegeben werden soll. Im Moment geht man davon aus, in diesem Plan eine Flächenkulisse zwischen 1,9 und 2 % ausweisen zu können. Im nächsten Schritt sollen die fehlenden 0,2 bis 0,3 % ausgewiesen werden.

Am Ende des Vortrages wurde noch auf die finanzielle Ausstattung der RPS bis 2028 und die damit einhergehenden Probleme verwiesen.

Frau Kircheis bedanke sich für die Ausführungen und rief den nächsten Tagesordnungspunkt auf, da es keine Nachfragen gab.

TOP 11 Verschiedenes

Frau König bat um Abgabe der Einverständniserklärung zur Erstellung der Broschüre für die 9. Amtsperiode und nannte den 10. Dezember 2024 als letzten Abgabetermin für die Entschädigungsanträge.

Frau Damus bat um Verschiebung des Beginns künftiger Sitzungen, da die Züge aus Richtung Frankfurt oder Berlin immer gegen 9.00 Uhr in Cottbus ankommen.

Herr Stahlberg unterstütze diese Bitte und bat um Prüfung künftig einen Livestream zur Verfügung zu stellen.

Frau Kircheis sagte die Prüfung beider Dinge zu und wünschte den Anwesenden zum Ende der Sitzung ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Jahreswechsel.



Kerstin Kircheis

Vorsitzende des Braunkohlenausschusses



Angiola König

Leiterin der Geschäftsstelle